

»Terror« durch die PDS-Hamburg?

In der »Welt« vom 17.4. werden Äußerungen von Gysi und von Hanno Harnisch, dem Parteisprecher der PDS, aufgegriffen, die diese auf dem Parteitag in Münster gegen Teile des Hamburger Landesverband geäußert haben: »Die Partei würde von wenigen durch den Dreck gezogen« (Harnisch). Der »Terror einzelner« sei nicht mehr hinzunehmen; es müsse Schluss sein »mit der Toleranz gegenüber der Intoleranz« (Gysi) Unverhohlen wurde von Seiten des Parteivorstandes den »kommunistischen Betonköpfen« (Harnisch) mit administrativen Disziplinierungsmassnahmen bis hin zum Ausschluß gedroht.

Der Begriff des »Terrors« wurde in den fünfziger Jahren gegen Kommunisten verwendet, dann wurde die Studentenbewegung des »Psychoterrors« angeklagt und ihr vorgeworfen, ideologischer Wegbereiter der RAF zu sein. Spätestens seit der Eskalation zwischen Staat und RAF in den siebziger Jahren wird mit dem Vorwurf des »Terrorismus« zum Halali, zur Hetzjagd auf linke Gegner dieses Staates aufgerufen. Es ist vor diesem Hintergrund mehr als bedenklich, wenn ein Vorstandsmitglied einer sozialistischen Partei den Vorwurf des »Terrors« gegen Mitglieder dieser Partei erhebt und dies dann in der Springerpresse nachzulesen ist. Dass die bürgerliche Presse solche Aussagen begierig aufgreift, ist nicht verwunderlich, denn den »Sprachrohren« der bürgerlichen Ordnung ist daran gelegen, alle diejenigen zu isolieren, die sich nicht den herrschenden Verhältnissen unterordnen wollen und der Militarisierung der deutschen Außenpolitik Widerstand entgegensetzen.

Der Streit zwischen PDS-Bundesvorstand und dem Vorstand des Landesverband Hamburg ist nicht neu. Weil der Hamburger Landesverband parteiinternen Widerstand gegen den Kurs der Anpassung an die herrschenden Verhältnisse leistet, hat der Bundesvorstand schon Mitte der neunziger Jahre damit begonnen in Hamburg »Gegenstrukturen« aufzubauen. Das Hamburger »Regionalbüro« wird vom Bundesvorstand finanziert und neigt dazu, dessen Lied zu singen: Man müsse Kompromisse schließen, die Gesellschaft gestalten, sich an die demokratischen Spielregeln halten, über Reformen soziale Gerechtigkeit durchsetzen und die Gesellschaft über den Parlamentarismus verändern. Die zum Bundesvorstand kritische Mehrheit in Hamburg mußte sich selber finanzieren und auf eigenen Füßen stehen, was sicher schwieriger, aber nicht zu ihrem Nachteil ist.

Später folgte die Affaire mit Herrn von der Marwitz, einem »Import« aus Mecklenburg-Vorpommern, der vom Bundesvorstand am Hamburger Landesvorstand vorbei zum Mitglied der PDS-Hamburg gemacht wurde. Mit polizeibekanntem Kriminellen aus Harburg im Schlepptau wollte dieser Herr die Hamburger Parteiführung übernehmen. Der von Gregor Gysi geschmähte Hamburger Landesvorstand musste diese Leute aus der Partei fernhalten, während der Bundesvorstand vornehm schwieg. Zu erinnern wäre noch an den Hamburger Wahlkampf 1997, als der PDS-Landesverband das bekannte Tucholskyzitat plakatierte: »Soldaten sind Mörder!« Für diese Aktion entschuldigte sich Gregor Gysi vor dem deutschen Bundestag, vor den Herren Kohl, Schröder, Fischer und Scharping.

Der Streit eskalierte in Zusammenhang mit dem PDS-Bundesparteitag Mitte April in Münster. Für seinen Vorstoß, militärischen Einsätzen der Bundeswehr im UNO-Rahmen in Ausnahmefällen zuzustimmen, bekam der Bundesvorstand von den Delegierten eine schallende Ohrfeige. Obgleich die Ineffektivität der UNO zugegeben wurde, forderte der Bundesvorstand ihre Weiterentwicklung im Sinne ziviler Konfliktvorbeugung und Konfliktlösung. Diese Friedenswünsche sind weder neu, noch benennt der Bundesvorstand die politischen oder gewerkschaftlichen Kräfte, die zu ihrer Realisierung notwendig wären. Keine Rede ist im Antrag des PDS-Bundesvorstands von der Rolle der klassenbewussten arbeitenden Bevölkerung und ihrem Kampf gegen den Militarismus. Stattdessen werden abstrakte Rechtspositionen eingefordert, als wäre deren Durchsetzung unabhängig von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen.

Ähnliche Vorschläge sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht nur aus den Reihen der SPD, sondern auch von der Friedensbewegung und auf Friedenskongressen der DKP vorgetragen worden, ohne dass sie auf die Entwicklung zwischen den Staaten oder die gesellschaftliche Entwicklung in den Staaten Einfluss hätten ausüben können.

Unter UNO-Mandat wurden beispielsweise der Koreakrieg und der 2. Golfkrieg geführt. Die jüngste Blauhelm-Mission in Ost-Timor war der Aufhänger für den Antrag des PDS-Vorstands. An dieser Mission beteiligt sich die Bundeswehr, nachdem die Bundesrepublik Deutschland jahrelang und sehr aktiv das antikommunistische Suharto-Regime bei seinen Massakern finanziell und militärisch unterstützt hatte. Vor dem Hintergrund des Angriffs der NATO auf Jugoslawien mochten zwei Drittel der Delegierten dem Vorstandsantrag denn auch nicht folgen, sondern hatten eher das Gefühl, eine ähnliche Entwicklung bei der Grünen schon einmal gesehen zu haben. Obwohl die Ablehnung des westdeutschen Militarismus gerade bei der PDS-Basis im Osten groß ist, ebenso wie ihr Unwille, die eigenen Söhne wieder fürs Vaterland opfern zu sollen, sah der noch amtierende PDS-Vorstand die Delegierten von einer Handvoll »Dogmatiker« aus dem Hamburger Landesverband verführt und aufgemischt. (Nebenbei, eine solche Einschätzung des Parteitages ist ignorant gegenüber der Stimmung bei der Delegierten-Mehrheit, nämlich der aus den Osten.) Wenn also der Nachfraktionschef Gysi von administrativen Maßnahmen bis hin zum Parteiausschluß gegen »die Dogmatiker aus Hamburg« spricht, »schlägt er den Sack und meint den Esel«.

Die Form, den herabsetzenden und **nicht** politischen Angriff gegen Mitglieder der eigenen, sozialistischen Partei in der bürgerlichen Presse auszutragen, entspricht dem politischen Inhalt des Gysi-Flügels, sich bei der herrschenden Klasse anzubiedern. Dieser Stil der Auseinandersetzung, bei dem sich der Bundesvorstand in eine Reihe mit der bürgerlichen Klasse und ihrem Repressionsapparat stellt und diesem die eigenen Genossen ausliefert, ist auf das Schärfste zu verurteilen!

Seit fast zehn Jahren erklärt Gysi unermüdlich, man dürfe nicht am Rande der Gesellschaft stehen und »rummotzen«, sondern müsse »in die Gesellschaft hinein«. Diese Aussage ist in ihrer Allgemeinheit durchaus richtig, aber hinein in die

Gesellschaft, heißt nicht, um Akzeptanz bei der herrschenden Klasse zu buhlen: »Ich treffe mich des Öfteren mit dem Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes. Es ist erstaunlich, wie weit unsere Übereinstimmung zum Beispiel bei der Frage der Wehrpflicht reicht.« (Gysi in einem Interview in der »Berliner Zeitung«, 8.2.2000) »Hinein in die Gesellschaft« heißt, die arbeitende Bevölkerung da zu unterstützen, wo sie in Widerspruch zu den Verhältnissen gerät und beginnt, die Auseinandersetzung aufzunehmen. Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Militarismus ist kein akademischer Streit. Die herrschende Klasse hat eine lange Erfahrung darin, ihre politischen Gegner zu bekämpfen. Um ihren Angriffen standzuhalten, bedarf es des Schutzes durch die arbeitende Bevölkerung. Diesen Schutz kann man nur erreichen, wenn man in praktischen Auseinandersetzungen Vertrauen und Achtung bei den Menschen erworben hat.

Parteiengezänk, Verhöhnung, Lächerlichmachen und Herabsetzung von politisch Andersdenkenden wirken auf diejenigen, die für den Widerstand gegen diese Gesell-

schaftsordnung gewonnen werden sollen, abstoßend. Deshalb ist dem Hamburger Arbeitsausschuss der PDS dringend zu raten, die Ebene dieser unproduktiven Form der Auseinandersetzung zu verlassen und das zu tun, was die PDS in Westdeutschland (natürlich gibt es auch Ausnahmen!) vernachlässigt: Nehmt überall dort, wo Menschen beginnen, sich im gemeinsamen Widerstand gegen die Verhältnisse zu wehren, aktiven Anteil, sei es an der Hochschule, im Betrieb, bei der Privatisierung des Gesundheitswesens oder auch bei der Organisierung solidarischer Hilfe für die jugoslawischen KollegInnen und die entlassenen VW-Arbeiter in Südafrika. Der abstrakte, nur ideologische Kampf um die richtige Linie innerhalb der Partei verschafft uns keine Grundlage für politisches Handeln. Nur, wenn wir die konkreten Probleme aufgreifen, die aus dem Klassenwiderspruch in dieser Gesellschaft resultieren, können wir gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen die Voraussetzungen dafür entwickeln, dass diese kapitalistische Ordnung überwunden wird.

*Einige Genossinnen und Genossen
der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg, 19.4.00 ■*